

Nur 11 Geflüchtete aus Griechenland in Hamburg aufgenommen.

Solidarische Stadt Hamburg, Seebrücke und Flüchtlingsrat werfen dem Senat Untätigkeit vor.

Drei Tage nach der Seebrücken-Demo vom vergangenen Samstag brachte es eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft an den Tag:

- Trotz der zahlreichen Kundgebungen, Mahnwachen, Demos, offenen Briefen und anderer Aktionen, auf denen die Aufnahme von mindestens 1000 aus griechischen Elendslagern evakuierten Geflüchteten – vor allem kranken und unbegleiteten Minderjährigen gefordert wurde,
- trotz entsprechender Appelle aus den Kirchen, den Gewerkschaften, Sozialverbänden, von den Jugendverbänden von SPD und Grünen, sowie von allen Bürgerschaftsabgeordneten der Linken,
- trotz eines Beschlusses der Bürgerschaft, der zwar unverbindlich blieb, aber den Möglichkeiten Hamburgs entsprechend Aufnahmebereitschaft für die Zuflucht Suchenden auf Lesbos und anderen Inseln in der Ägäis versprach, und nicht zuletzt auch
- trotz der Beteuerungen des Senats, dass Hamburg ein sicherer Hafen und eine solidarische Stadt sei und bliebe,

sind seit Jahresbeginn erst 11 Menschen aus Griechenland aufgenommen worden und für 10 weitere konkrete Zusagen gemacht worden. Bis zu 129 Personen könnten noch folgen, sagt der Senat, macht aber keine Angaben zum Zeitrahmen. Dies steht in krassem Gegensatz zu den Forderungen aus der Zivilgesellschaft.

Harald Möller-Santner vom Bündnis *Solidarische Stadt Hamburg* sagt dazu:

„Das, was der Hamburger Senat in den vergangenen 8 Monaten für Menschen auf der Flucht getan hat, ist beschämend und einer reichen Stadt wie Hamburg unwürdig. Er redet sich damit heraus, dass Seehofer nun einmal das letzte Wort über die Einreise von Asylsuchenden habe. Aber statt den Landesregierungen von Berlin und Thüringen beizuspringen, die über Landesaufnahmeprogramme ein Vielfaches an geflüchteten Menschen aufnehmen wollen und dabei dem Konflikt mit dem BMI nicht aus dem Weg gehen, behaupten die in Hamburg Regierenden, ihnen wären die Hände gebunden. Es ist einfach erbärmlich!“

„Wir haben in den vergangenen Monaten mit Tausenden Hamburger*innen immer wieder öffentlich die verheerenden Bedingungen angeprangert, unter denen die geflüchteten Menschen an Europas Außengrenzen festgehalten werden. Dem Senat aber scheint ihr Schicksal ziemlich gleichgültig zu sein“, kommentiert Lea Reikowski von der *Seebrücke Hamburg* die Untätigkeit des Senats. "Wir werden keine Ruhe geben, bis Hamburg den Beitrag zur Solidarität mit Menschen auf der Flucht geleistet hat, der seinen Möglichkeiten und seiner moralischen Verantwortung entspricht!"

Auch der *Flüchtlingsrat Hamburg* fordert vom Senat, den Worten endlich Taten folgen zu lassen. Hermann Hardt vom Flüchtlingsrat dazu: "Ich habe bis vor kurzem in der Betreuung minderjähriger Geflüchteter gearbeitet und weiß, dass Hamburg über genügend räumliche und personelle Kapazitäten verfügt, um noch einige Hundert Minderjährige ohne Begleitung aufnehmen zu können!"

Das Bündnis *Solidarische Stadt Hamburg*, zu der auch die *Seebrücke* und der *Flüchtlingsrat* gehören, wird die Antirassismus-Tage vom 2.9. bis 5.9. aktiv unterstützen und sie auch dazu nutzen, die Politik der Festung Europa zu attackieren.

Kontakt:

solistadthamburg@posteo.de
presseteam@seebruecke-hamburg.de
info@fluechtlingsrat-hamburg.de

Lea Reikowski, Tel. 0151-61451846
Harald Möller-Santner, Tel. 0172-6111033
Hermann Hardt, Tel. 0151-5118 0996